

Öffentlicher Sektor - Zukunft gestalten Blog

By PwC Deutschland | 21. Januar 2025

Die Verwaltung effizient digital transformieren

Standardisierung und Wettbewerb lassen sich miteinander verbinden.

Die Lebenswelt der Bürger:innen in Deutschland ist mittlerweile in vielen Bereichen digitalisiert. Dem enormen Digitalisierungstempo hängt der öffentliche Sektor bisweilen noch hinterher. Die Politik versucht, den Rückstand wettzumachen – etwa mit dem Onlinezugangs- und dem Registermodernisierungsgesetz. Dabei surfen die Verwaltungen in einem regelrechten Digitalisierungs-Tsunami; die Menge und die Vielfalt an Aufgaben wachsen exponentiell. Dies ist fordernd, mitunter überfordernd. Resignieren ist jedoch keine Option, weil eine digitale Gesellschaft eine digital handlungsfähige Verwaltung benötigt.

Eckpfeiler statt Standards vorgeben

Wie können die Verwaltung und die Politik die Digitalisierung gemeinsam besser gestalten? Zunächst: Die digitale Transformation soll die Verwaltung in erster Linie leistungsfähiger und bürger:innenfreundlicher machen. Was wie eine Binsenweisheit klingt, gerät angesichts der Größe und Komplexität der Aufgabe mitunter aus dem Blick. Die Verantwortlichen müssen die Digitalisierungsziele im Auge behalten und auch die Umsetzung per Gesetz berücksichtigen. Ein Beispiel ist die Standardisierung von Softwarearchitekturen und Prozessen:

Standards machen Verwaltungsdienste interoperabel und ermöglichen Synergien. Allerdings kann übermäßige Standardisierung bewirken, dass Behörden gut funktionierende Lösungen aufgeben und weniger passende Tools nutzen (müssen) – oder dass sie auf die Vorgabe von zu entwickelnden Standards warten, statt vorhandene zu nutzen. Effizienter wäre es, Standardisierung mit Wettbewerb zu verbinden und lediglich Eckpfeiler – wie Sicherheitsstandards, Schnittstellen und Skalierbarkeit – vorzugeben. Dann könnten sich die besten Lösungen durchsetzen.

Die digitale Wertschöpfung zerlegen

Auch gilt es, die Digitalisierung besser zu managen. Wegen des Fachkräftemangels setzen viele Verwaltungen auch auf externe Fachleute. Diese sind meist auf Basis von Dienst- und Werkverträgen in den Behörden tätig; in der Praxis ähnelt ihr Einsatz allerdings oft einer Arbeitnehmerüberlassung. Das wirft arbeitsrechtliche Fragen auf – und erhöht den Koordinierungsaufwand für Auftraggeber und -nehmer.

Sinnvoller wäre es, die digitale Wertschöpfungskette des öffentlichen Sektors in ihre Einzelteile zu zerlegen. Behörden und staatliche IT-Dienstleister könnten sich so auf wesentliche und höherwertige Dienste fokussieren, während externe Dienstleister eigenverantwortlich weniger zentrale Aufgaben erfüllen, zum Beispiel mit Managed Services.

Ansprechpartner:
Christian Bresse

Zu weiteren PwC Blogs

Schlagwörter

Digitalisierung, Informationstechnologie (IT), Prozesse, Software, Wettbewerb

Kontakt



Prof. Dr. Rainer Bernnat

Frankfurt am Main

rainer.bernat@pwc.com